

Correspondent

Erscheint

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Preis
vierteljährlich eine Mark.

35. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 11. Februar 1897.

№ 17.

Der Hamburger Hafnarbeiter-Streit

Ist zu Ende. In der gesamten Presse, nicht nur des Inlandes, wird in den nächsten Tagen noch dieses Thema in allen Variationen erörtert werden, dann aber wird gar bald dieser tragische Kampf von der großen Masse vergessen sein. Es ist unnötig, angesichts des Ausgangs dieses Kampfes über die Ursachen der Niederlage tiefgründige Betrachtungen anzustellen. Wie beim letzten großen Buchdruckerstreik die wirtschaftspolitischen Wunderdoktoren nach dem Abschlusse desselben ihre Weisheit in allen Arbeiterversammlungen und in Wirtschaftshäusern ausstrahlten, so wird wohl auch diesmal wieder in der bekannten Manier — „das habe ich ja gleich gesagt“ usw. — geurteilt werden. Einstimmig wird wohl das Urteil dahin zusammenzufassen sein, daß es die mangelnde gewerkschaftliche Organisation der Hamburger Hafnarbeiter war, welche die Niederlage verschuldet. Und die ganzen deutschen Gewerkschaften vermochten — mit geringen Ausnahmen — insolge ihrer eigenen Ohnmacht nicht nachdrücklich genug den Hamburgern beizuspringen, wenngleich die aufgebrachte Summe (etwa zwei Millionen Mark) verhältnismäßig bedeutend zu nennen ist. Viele Gewerkschaften haben sich aber dadurch auf viele Monate hinaus materiell lahm gelegt, und auch sonst ist die Arbeiterschaft in ihrer sekundären Leistungsfähigkeit erschöpft worden, was indirekt auf das Verlustkonto der Gewerkschaftsbewegung zu setzen ist. Das Losschlagen beim Beginne des Winters war von den Hafnarbeitern gewiß ein Fehler, er ist aber als Grabmesser für die Thatsache bemerkenswert, daß die Zustände für die Arbeiter unerträglich geworden waren; ihre unzeitgemäße Erhebung mag man wohl aus tatsächlichen Erwägungen verurteilen, ihr allgemeiner, begeisterungsvoller Charakter söhnt uns mit den Fehlern der Bewegung aus und läßt uns für die Zukunft hoffen, daß jener Thakraft und Mut in einer starken gewerkschaftlichen Organisation den notwendigen festen Boden unter die Füße bekommt. Waren doch von den etwa 17 000 Streikenden noch nicht 5000 gewerkschaftlich organisiert. Leider sind bei den großen Streiks in Deutschland nicht immer diese Konsequenzen von den Arbeitern gezogen worden. Noch immer ist leider das Gegenteil der Fall gewesen. Der große, 100,000 Arbeiter umfassende Bergarbeiterstreik im Jahre 1889 ist trotz seiner unerhörten Opfer wirkungslos sowohl für die Beteiligten wie für die deutsche Gewerkschaftsbewegung geblieben. Ebenso der Konfektionsarbeiterstreik. Solche Massen, in gewerkschaftlichen Organisationen zusammengefaßt, zwingen durch ihr Dasein schon die Unternehmer zu Zugeständnissen. Mit vollem Rechte schrieb daher vor Kurzem das Hamburger Echo:

„Nur auf der Grundlage fester und dauernder Organisation sind die englischen Arbeiter so weit gekommen, mit Erfolg dahin wirken zu können, daß Streiks überflüssig werden und an ihre Stelle die gegenseitige Vereinbarung zwischen Kapital und Arbeit tritt. Die Periode, wo sie genötigt waren, durch Streiks den Mann der gemäßigtesten Unterwerfung unter die Arbeitgeberwillkür zu brechen, liegt hinter ihnen; sie haben damit nicht mehr zu rechnen, und die Unternehmer lernen immer mehr, daß es auch ihren Interessen nicht

entspricht, durch die Geltendmachung einer Willkürherrschaft über die Arbeiter Streiks zu provozieren. Bei uns in Deutschland ist man noch nicht so weit; hier steht das Unternehmertum noch nicht auf dem Boden der Vereinbarungspraxis; es hält noch fest an dem angemessenen „Recht“, willkürlich die Arbeitsbedingungen zu diktieren. . . . Ueberall, wo dieser Bann besteht, muß er gebrochen werden, mögen die Unternehmer noch so sehr bestrebt sein, ihn zu erhalten. Nur durch diese Breche geht der Weg zur Anerkennung der Gleichberechtigung. Das Mittel zur Durchbrechung ist naturgemäß der Streit überall da, wo die Annäherung des Kapitals kein andres Mittel zuläßt.“

Daß jüngst die Buchdrucker dieses vom Echo als erstrebenswert bezeichnete Ziel erreicht haben, hat aber (mit Ausnahme dieses und einer sehr geringen Zahl anderer Organe) in der Arbeiterpresse die entsetzliche Phrase von der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ gezeitigt. Der einzig mögliche Ausweg, durch gegenseitige Vereinbarung von Arbeitsbedingungen auf einen gewissen Zeitraum stabile, menschenwürdigere Verhältnisse zu schaffen, das Bestreben, als gleichberechtigter Faktor einen verbesserten und rechtsgültigen Arbeitsvertrag mit abzuschließen — was der Kernpunkt der Forderungen der Hamburger Hafnarbeiter ist — wird heute noch von der Arbeiterpresse — wenigstens den Buchdruckern gegenüber — als verwerflich bezeichnet, und es wird von ihr — unter Verneinung des Corr. als Arbeiterblatt — ein Organ empfohlen, welches ein leichtfertiges Spiel mit Tausenden von Existenzen als die größte sozialökonomische Weisheit den Arbeitern verkündet. Wenn daher die „Ech. Arbeiterzeitg.“ in ihrer neuesten Nummer schreibt: „Nur an der mangelnden gewerkschaftlichen Organisation der deutschen Arbeiterklasse ging der Hamburger Streik verloren“, so ziehe man aus dieser Anschauung auch die Konsequenzen des gewerkschaftlichen Programms: auf dem Boden der heutigen Produktionsweise materielle Vorteile für die Arbeiter zu erringen, und verlange von den Gewerkschaften nicht die Verwirklichung wissenschaftlich-theoretischer oder ideeller Gesichtspunkte, so eng dieselben auch mit dem modernen Produktionsprozeß und den Arbeitsverhältnissen zusammenhängen mögen. — Rückhaltlos und aufrichtig muß anerkannt werden, daß die gewerkschaftlichen Organisationen mit ihrem Programme keine andre Aufgabe zu lösen bekommen, als diejenige ist, für die sie da sind. Dann werden auch die Befürchtungen verschwinden, die dem einen oder dem andern Erben der deutschen klassischen Philosophie oder diesem oder jenem Dozenten über den historischen Materialismus ob einer Vereinbarung der Arbeiter in Bezug auf ihre Arbeits- und Lohnverhältnisse mit dem Unternehmertum beschleichen.

Die berechnete Erbitterung, die uns gegenüber dem Propentum der Hamburger Rheber beim Ausgange dieses heroischen Kampfes überkommt, muß ihren Ausdruck finden in dem Bestreben, mit allen Kräften die gewerkschaftlichen Organisationen zu stärken, und zwar besser als bisher. Das ist die einzige und richtige Antwort.

Auf einen Umstand sei noch hingewiesen, der von der Arbeiterschaft in diesem wichtigen Augenblicke nicht vergessen werden darf, das ist die

Fortsetzung der Sammlungen für die Hamburger Hafnarbeiter. Viele Hunderte, vielleicht Tausende werden auf Wochen hinaus noch arbeits- und brotlos bleiben; diese vor dem Untergange, vor der Verzweiflung, ihre Familien vor größlichem Elend und noch weit Schlimmerem zu schützen, darf nicht verabsäumt werden. Es darf den Hamburger Rhebern nicht noch die Möglichkeit offen bleiben, die Arbeiter gegen einander auszuspielen und damit die Arbeitsverhältnisse noch mehr zu verschlechtern, als sie vor dem Streit waren. Wenn eine Arbeiterversammlung in Nürnberg eine Resolution annahm, in welcher sich folgende nichtssagende Stelle befindet: „Durch die von den Rhebern gemachten Zugeständnisse, nach Beendigung des Streiks die Verhältnisse der Hafnarbeiter zu untersuchen und Mißstände zu beseitigen, gehen die Arbeiter als siegender Teil aus dem Kampfe hervor“, so können wir nur wünschen, daß die Worte des Herrn Lariz: „Es steht mir völlig frei, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, das fällt mir aber gar nicht ein!“ von den Arbeitern nicht vergessen werden möchten. Das Zentralstreikkomitee sagt auch diesbezüglich in seiner letztmaligen Bekanntmachung ganz richtig:

„Wir nehmen die Arbeit wieder auf, nicht im Vertrauen darauf, daß jetzt die Herren Arbeitgeber ihr Versprechen wahr machen werden, die Mißstände zu beseitigen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bessern. . . . Die alten Hamburger Arbeiter, die durch ihren unermüdeten Fleiß und Wohlstand beigetragen haben, werden zum Teile gemahregelt werden, zum Teile noch arbeitslos bleiben bis zum Eintritte des laut eigener Aussage der Arbeitgeber nach Befestigung der momentanen schwierigen Eisverhältnisse in der Elbe zu erwartenden kalten Geschäftsganges. Arbeiter und Bürger Hamburgs! Arbeiter Deutschlands! Ihr habt uns zur Seite gestanden während der Dauer des Kampfes, wir bitten euch, verlaßt uns nicht während der paar für uns nun noch kommenden schweren Wochen. Wir haben erkannt, daß es ein Fehler von uns war, daß wir unorganisiert in den Kampf eingetreten sind. Wir haben während der elf Wochen gelernt, wie notwendig die ständige, dauernde Organisation ist. Helft uns dieselbe aufzubauen! Sorgt gemeinsam mit den in Arbeit tretenden Hafnarbeitern für Unterstützung der Gemahregelten, der armen notleidenden Familien. Was ihr an uns thut, wir werden es euch demaleinst mit Zinsen vergelten können. Wir kämpfen nicht nur für uns, wir kämpfen als Klassenbewußte Arbeiter für das Gesamtinteresse der Arbeiterschaft! Dank, tausendmal Dank für eure uns geleistete Hilfe! Im Interesse der Organisierung unserer Kollegen steht uns bei, den Hunger von unseren Brüdern fernzuhalten!“

Korrespondenzen.

§ Augsburg. In der Sonntag, den 30. Januar, abgehaltenen Generalversammlung erstattete der Vertrauensmann den Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Wie aus demselben zu ersehen war, fanden 20 Ausschusssitzungen und 16 Versammlungen statt, für deren Besuch eine Durchschnittsziffer von 50 angenommen werden kann. Der Mitgliederstand stieg gegenüber dem Vorjahre von 149 auf 158. Aus der Ortschaft wurde an ausgesetzte und nichtbezugsberechtigte Kollegen die Summe von 129,70 Mk. ausbezahlt. Krankentage hatte die Mitgliedschaft 1376, Arbeitslosigkeit 1029 zu verzeichnen. Für die Bibliothek wurde eine Summe von 65 Mk. ausgewendet und ist die Frequenz derselben eine erfreuliche. — Erwähnt sei noch, daß der Ortsbeitrag am

1. Juli von 5 auf 10 Pf. erhöht wurde, um die Einführung des Obligatoriums (Corr.) zu ermöglichen. — Ihre Solidarität mit der übrigen Kollegen- und Arbeiterbewegung befandete die Mitgliedschaft durch Bewilligung nachstehender Streifenunterstützungen: An die Kollegen in Rheinland-Westfalen 150 Mk., an die streitenden Gutmacher (Berlin) und Former (Augsburg) je 20 Mk. und an die Hafenerbeiter Hamburgs 60 Mk. Eine freiwillige Sammlung ergab für die Lepteren noch die Summe von 100 Mk. — Nach erstattetem Jahresbericht und nach Erledigung einiger Interna wurde die Neuwahl des Ausschusses vorgenommen, wobei folgende Kollegen gewählt wurden: R. Hauschild, Vertrauensmann; A. Bauer, Stellvertreter; X. Doppler, Kassierer; K. Rindmeier, Schriftführer; J. Wittenheimer und J. Fleischhut, Bibliothekare; J. Häberle und J. Wagner, Krankenbeisitzer; K. Gajiner und J. Wächter, Neuwahlern. Darauf erfolgte Schluss der Versammlung. — Als ein erfreuliches Ereignis ist zu berichten, daß vor einigen Wochen die Gründung einer Sängervereinigung, welcher sofort zwanzig Kollegen beitraten, perfekt geworden ist. Damit ist einem lang gehegten Wunsche vieler Kollegen entsprochen und zugleich einem dringenden Bedürfnis abgeholfen. Möge die Sängervereinigung, getreu ihrem Wahlspruch „Wein wie Gold unser Lied aus der schwarzen Kluft erblüht“, stets die herrliche Gesangskunst kultivieren und dadurch beitragen, das gesellige und kollegiale Leben in der Kollegenchaft Augsburgs zu heben und zu fördern!

B. Berlin. (Außerordentliche Vereinsversammlung vom 7. Februar.) Trop schlecten Wetters frömten die Berliner Verbandskollegen in hellen Scharen nach Louis Kellers Festsaal, um Stellung zu nehmen gegen die Vertreter Gajischer Opposition. Ja, die Kollegen bekundeten mit ihrem vollzähligen Erscheinen, daß sie gewillt sind, Remedeur zu schaffen. Selbst der am Abend vorher stattgefundene Maskenball hatte dieselben nicht abgehalten, diese Versammlung zu besuchen, denn es galt unsere Organisation vor weiteren Schäden zu bewahren! Punkt 12 Uhr mittags — die neuere Polizeiverfügung gestattet es nicht, die Versammlungen am Sonntag früher zu eröffnen — wurde die Versammlung durch den zweiten Vorsitzenden, Kollegen Stoekel, eröffnet und erhielt das Wort als Vorstandreferent Kollege Massini. Er führte ungefähr aus: Durch die letzte Vorkommnisse innerhalb unserer Organisation sah sich der Vorstand veranlaßt, diese Versammlung einzuberufen, damit die Kollegen Gelegenheit haben, gegen gewisse Quertreibereien Stellung zu nehmen. Wer die deutsche Arbeiterbewegung verfolgt, der wird finden, daß Einigkeit stets notwendig war und ist, um den Bestrebungen des Unternehmertums entgegenzutreten zu können. Seit Lassalle, Engels und Marx waren stets die goldenen Worte des letztern: „Arbeiter aller Länder vereinigt Euch!“ die Hauptparole. In letzter Zeit macht man die Beobachtung, daß selbst ein Teil der Parteipresse von diesem Prinzip abweicht, indem die Gajische Opposition bei verschiedenen Gelegenheiten und um „Stimmung“ zu machen besonders hervorgehoben wird. Daß aber größere Gewerkschaften Verständnis für unsere Bewegung haben, muß mit Freuden begrüßt werden. Das Organ des Zentralverbandes der vereinigten Steinseger und Berufsgenossen Deutschlands bringt in der Nummer vom 7. Februar das Protokoll von dem Tarif-Akte der deutschen Buchdrucker: „An Eltern und Vorkünder“ — unser Parteiorgan schweigt hierüber — und bemerkt hierzu:

„Vorstehender Notiz haben wir gern Aufnahme gewährt. Erstlich mal um der Sache selbst willen, und zweitens, damit unsere Freunde — und Feinde, ganz besonders die Innungsmeister — aus derselben lernen. Die letzteren mögen daraus entnehmen, daß man in Unternehmertum auch noch anderen Anschauungen huldigt als denjenigen, welche in „König Stumm“ ihr sozialpolitisches Ideal erblicken. Ganz besonders aber mögen unsere Freunde daraus erkennen, in welchem hohen Maße es einer Gewerkschaft möglich ist, sich Achtung und Ansehen vor dem Unternehmertum zu verschaffen. Denn wer da glaubt, daß die Buchdruckerunternehmer den Arbeitern die Tarifgemeinschaft auf dem Präsentierteller entgegengebracht haben, der befindet sich auf dem Holzwege. Das hat schwere, opfervolle Kämpfe gekostet, ehe die Buchdruckerorganisation diese Stellung errungen hat. Aber sie hat sie errungen!“

Und wer nur einigermaßen Verständnis für die Arbeiterbewegung hat, der muß zu demselben Resultate kommen. Die Bewegungen unserer engeren Berufsgenossen (Steindrucker und Buchdrucker), welche mit großem Opfermut in Szene gesetzt wurden, haben uns belehrt, daß wir den richtigen Weg eingeschlagen haben. Während die ersteren noch unter schlechteren Bedingungen, als sie vor dem Streik hatten, die Arbeit aufnehmen mußten, wurde den Buchbindern der Augenblickserfolg entzogen, weil sie keine festen Vereinbarungen getroffen haben. Sie, meine Herren, können stolz auf Ihre Erregung sein. (Lebhafter Beifall.) Redner beschäftigt sich nunmehr mit der Opposition, welche er Gajische Opposition nennen müsse, weil dieselbe ihren Ursprung von diesem hat. Angeblich soll die Tarifgemeinschaft die Ursache der Opposition sein. Die Generalversammlung des B. d. B. hat mit Zweidrittelmehrheit dem Antrage Streckert zugestimmt, daß die getroffenen Vereinbarungen mit den Prinzipalen bis 1899 zu gelten haben, und man sollte doch glauben, daß die selbstgeschaffenen Gesetze respektiert würden. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall. Trotz aller Beteuerungen auf

der Generalversammlung gründet Gajch mit dem Gelde des Verbandes ein Organ, welches unsere gefassten Beschlüsse bis aufs Messer bekämpft und die anmerken den Kollegen fortgesetzt mit Schmutz bewirft. Redner ging sodann näher auf die Ziele und Zwecke dieser Opposition ein, erwähnte den Kongress derselben in Leipzig, wo es für unumgänglich notwendig gehalten wurde, eine ständige Agitation im Laufe zu halten, um in „ordnungs-mäßiger“ Weise die Tarifgemeinschaft zu befeitigen, und die Buchdrucker-Wacht solle das Mittel sein, diese Bestrebungen zu fördern. Er erwähnte die Vorkommnisse in Berlin seit dem Ausschlusse des Kollegen Geitel, bemerke, daß der Vorstand wiederholt die Versöhnungspolitik befolgte und wie trotzdem planmäßige Agitation betrieben wurde, um die Versammlungen fortgesetzt zu führen. Ja, es wurden infolge der Laubheit der Mitglieder, welche die Versammlungen schmähten, Beschlüsse gefasst, die das demokratische Prinzip direkt auf den Kopf stellen (siehe Vorstandswahl). Die Verbeugung und das Betragen einzelner Kollegen am Stiftungsfeste, das Verhalten resp. Verhalten der Buchdrucker-Wacht in Vereins-versammlungen, Stellung von Anträgen auf Abänderung der Tagesordnungspunkte, das sind alles Dinge, welche die Weiterentwicklung unseres Vereins hemmen. Die verschämliche und herliche Ansprache in der ersten Vereinsversammlung wurde nicht beachtet, sondern es wurde weiter geregt, bis man durch den Brief hinter die Schliche der Vertreter Gajischer Opposition gekommen wäre. Redner verwahre sich dagegen, daß dieses Spiegelet sei, es wären keine Vertrauensleute und das seien ehrliche Kollegen, die ihn davon benachrichtigt hätten. Bei der Debatte über die politische Polizei in der Reichstagsagitation vom 5. Februar 1897 erklärte der Reichstagsabgeordnete Bebel: „Ja, meine Herren, wir haben nämlich auch Vertrauensleute, aber das sind ehrliche Leute.“ Ebenso wie Bebel seine Vertrauensleute habe, könne auch Massini seine Vertrauensleute haben. (Lebhafter Beifall.) In seinen weiteren Ausführungen geht Redner auf die Parteipresse ein, welche der Gajischen Opposition Vorschub leistet. Es wird alles benützt, um Stimmung zu machen. So bringt der Vorwärts — er (Redner) nimmt an, derselbe sei düpiert worden — in der Nummer vom 6. Februar — also einen Tag vor unserer Versammlung — folgende Notiz:

„Zur Buchdruckerbewegung. In Dresden ist ein Antrag auf Ausschluß von etwa 10 Mitgliedern des Verbandes der Deutschen Buchdrucker wegen ihrer Zugehörigkeit zur Opposition (Gegner der Tarifgemeinschaft) abgelehnt worden; nur fünfzehn Stimmen waren für Ausschluß. In einem weiteren angenommenen Antrage verwies man die Oppositionellen auf den sachlichen Weg und den Corr. Wegen letztern sah man mit 75 Stimmen (gegen 68) eine Labels-resolutions wegen eines unfaßlichen Berichtes über die letzte Dresdener allgemeine Buchdrucker-versammlung.“

Wie es nun in Wirklichkeit aussieht, geht aus einem Schreiben hervor, welches Redner auf telegraphische Anfrage — Sie sehen, Ihr Gajvorwärtiger schläft nicht (Beifall) — aus Dresden erhielt. Dasselbe lautet:

„Lieber Kollege Massini! Soeben lese ich im Vorwärts einen kleinen Bericht über unsere letzte Versammlung, von dem man sagen kann, so viel Zellen — so viel Lügen. Dem Vorwärts will ich damit nicht zu nahe treten; er ist eben düpiert worden. Ich bezweifle übrigens, daß es ein Originalbericht ist; nach meinem Dafürhalten ist er nur ein Auszug aus der heutigen Nummer der B.-W. und wahrheitsfalsch von der Redaktion der letztern dem Vorwärts überhandt, um Stimmung für die Opposition zu machen, angeführt der Berliner Versammlung. Das ist für mich aber auch eine Veranlassung, Sie vor Täuschung zu warnen. Unsere Versammlung hatte die Tagesordnung: „Welche Unterstützung wird dem Gajvorwärtigen zu teil, um die planmäßige Verbeugung durch einige Mitglieder zu befeitigen und eine prompte Erledigung der Geschäfte zu ermöglichen?“ Sie hätten nun diese sogenannte Opposition sehen sollen; sie hatte kein Wasserden getrübt. Zu ihrem Systeme der Lüge gestellte sich die Heuchelei, und wirklich, wir alle haben uns noch einmal täuschen lassen. Es gingen drei Resolutionen ein, von denen die erste des Kollegen Schleicher dem Vorstände die Direktive gab, die betreffenden Mitglieder auszuschließen und dem Verbands- sowie dem Gajvorwärtigen das vollste Vertrauen auszusprechen. Eine zweite kam von der sogenannten Opposition selbst, gehörte aber nicht zur Sache, denn sie tabelte den sehr objektiven Bericht der allgemeinen Versammlung, in welcher Kollege Rezhäuser gesprochen hatte, und nicht, wie angegeben wird, den Corr. Nun kam die dritte Resolution, sie kam von Joseph, einem anständigen Gegner der Tarifgemeinschaft, also ebenfalls einem Oppositionellen. Sie lautete folgendermaßen: „Im Interesse einer friedlichen Lösung der strittigen Fragen erklärt die heutige Versammlung, von Maßnahmen gegen die sogenannte Opposition vorläufig abzusehen, erhofft jedoch von derselben, daß sie sich den gefassten Beschlüssen fügt, in ihren schriftlichen Meinungsverschiedenheiten sich unsers Verbandsorgans, des Corr., bedient und in unseren Versammlungen sich einer sachgemäßen anständigen Diskussion befeitigt.“ Durch die heuchlerische Haltung der sogen. Opposition (wir hatten fünf solcher Mitglieder der Versammlung genannt) ließen wir uns noch einmal täuschen und ängsterten, daß unsererseits alles vergessen sein soll, wenn beide Parteien sich auf dem Boden der Josephschen

Resolution wieder zusammen finden wollten, worauf die erste Resolution zurückgenommen wurde (es ist also Lüge, daß dieselbe gegen 15 Stimmen abgelehnt wurde). Die Josephsche Resolution wurde gegen nur 2 Stimmen angenommen. Von dieser Resolution sprachen zwar Vorwärts und B.-W., jedoch nicht dem richtigen Sinne nach. Schon hierauf zeigte sich, daß wir nun doch wieder getäuscht waren, denn die sogenannte Opposition zog ihre Resolution nicht zurück, sondern verlangte die Abstimmung; nur unter der Voraussetzung, daß auch sie ihre Resolution fallen lasse, war die erste zurückgezogen worden. Dieselbe ist aber nicht gegen den Corr., sondern gegen den Berichteratter gerichtet. Und was sehen wir heute in der B.-W.? Zwei Berichte finden sich in derselben über unsere Versammlung; die sogenannte Opposition hat also abermals auch die Josephsche Resolution gebrochen. Das ist jedenfalls der letzte Betrug! Mit freundlichem Gruß Ihr S. Steinbrück.“

Ähnliche Berichte, so fuhr Redner fort, befinden sich nicht nur im Vorwärts, sondern fast in der gesamten deutschen Arbeiterpresse. Der Berliner Gajvorwärtiger werde Veranlassung nehmen, mit der Pressekommision eine Aussprache herbeizuführen, um bezüglich des Vorwärts Remedeur zu schaffen. Kollegen! es muß etwas geschehen, um die Einigkeit und den Frieden wieder herzustellen. So kann es nicht weiter gehen! Mit Denjenigen, die trotz aller Versöhnungspolitik ihre eigenen Wege gehen, muß das in Anwendung gebracht werden, was Bebel bei Gelegenheit der Aussprache über das Agrarprogramm auf dem Parteitag in Gotha sagte. Derselbe führte aus:

„Ich habe die felsensteine Überzeugung, daß es keinen Mann in der Partei gibt, er möge noch so mächtig und angesehen sein, ob er Liebknecht, Singer, ob er Auer, ob er Bollmar oder Bebel heißt, der im stande wäre, die Partei auseinander zu reißen. (Stürmischer Beifall.) Derjenige, der sich bekommen ließe, den Versuch zu machen, der wäre der erste, der aus der Partei hinausfliegt. (Anhaltender Beifall.) Die Partei ist in sich so gefestigt, es ist bis auf den letzten Mann in unseren Reihen das Bewußtsein von der Notwendigkeit treuen Zusammenhaltens ein so bedeutendes, so für notwendig erkannt, daß da niemand auch nur denken kann, einen andern Geist in die Partei hineinzu-bringen. (Lebhafter Beifall.)

Meine Herren! Dasselbe, was für die Partei gilt, gilt für den großen Deutschen Buchdruckerverband. Auch wir wollen keinen andern Geist in unsere Organisation bringen, sondern die alten Humanitätsbestrebungen und Solidaritätsgefühle weiter pflegen und hegen. Und wer dieses nicht will und kann, der gehe nach Racedonten und gründe sich sein Reich selber, denn auch die Maurer haben neben der Zentralorganisation eine lokale Vereinigung gebildet. Innerhalb unserer Organisation können wir keine Nebenbestrebungen dulden. (Langanhaltender Beifall.)

Hierauf wird folgende Resolution zur Verlesung gebracht:

„Die heutige, in Kellers Festsaal abgehaltene außerordentliche Vereinsversammlung, einberufen mit der Tagesordnung: „Wie stellt sich der Berliner Verein zu den Vertretern Gajischer Opposition“, nimmt hierzu Stellung in folgender Resolution:

Durch die Thatfachen belehrt, daß sich innerhalb unsers Vereins eine Gruppe gebildet, die es sich:

1. zum Ziele gesetzt, dauernd den Unfrieden zu nähren;
2. die unter dem Vorgeben, Tarifgemeinschaftsgegner zu sein, sich berechtigt glaubt, Beschlüsse unserer höchsten Instanz, der Generalversammlung, fortwährend zu ignorieren und zu bekämpfen;
3. die durch ihr bisheriges unqualifizierbares, einem Vereinsmitgliede unwürdiges Verhalten in unseren Versammlungen befreit ist, einen geregelten Geschäftsgang zu verhindern und das Interesse an den Verhandlungen zu schmälern. —

beschließt die Versammlung wie folgt:

Alle Anhänger dieser Richtung seien hiermit zum letzten Mal aufs Eindringlichste gewarnt, ihre den Verein zersetzende und ihrer selbst unwürdige Thätigkeit länger fortzusetzen. Der Verein verurteilt aufs Schärfste dieses Gebahren und kann, falls die Kollegen hiervon nicht ablassen, dieselben nicht länger als Mitglieder in seinen Reihen dulden.

Die Versammlung beauftragt daher den Vorstand, Mitglieder, die fortgesetzt verunsichbarliche Bestrebungen verfolgen, der Vereinsversammlung zum Ausschlusse vorzuschlagen. (Schluß.)

Kollege Rosenthal als erster Diskussionsredner muß zunächst den seltsamen Kontrast hervorheben, welcher zwischen der Rede Massinis vom vorigen Jahr, als die Bewegung injenierte wurde, und der heutigen Rede liegt. Damals zog derselbe gegen das Unternehmertum los, während er heute gegen die eignen Kollegen wettert; wenn das kein Gesinnungswechsel sei, so kenne er keinen. Redner ging dann auf die Bewegung näher ein und meinte, daß die Führer, ohne Austrag zu haben, für ein Einseitigkeit und die Gemeinschaft mit den Prinzipalen aufgehalten haben. Wie dann die Wahlen zur Generalversammlung gemacht wurden, wissen wir noch so genau (Zwischenrufe: Oho! Wie?). Dadurch kam auch die Zweidrittel-Mehrheit für die Tarifgemeinschaft zu stande. Wir

dem Wunsche des Vorstandes entsprechend beschloffen wurde. Eine ganze Zahl von Aufnahmen wurden erledigt, ein gutes Zeichen für das Wachstum unsers Vereins wie der Organisation. Die stattdie Zahl von über 400 Mitgliedern zählt jetzt der Breslauer Ortsverein. Unsere Opposition, welche sich immer in den anständigsten, für jeden klegen geizemenden B'nien hielt, ist mit den Galschen Interpretationen über Würde des Vereins usw. ebenfalls nicht einverstanden. Die Wille der Kollegen wurden nach Verlesung eines Schreibens des Tarif-Amtes nach der Stadt gelenkt, wo unsere Brüder sich im Kampfe mit dem übermächtigen Kapitale befinden — nach Hamburg. Dieser erneute Anruf wird seine Wirkung nicht verfehlen. — Wie in Breslau in Kondition Gebliebenen wird die Botenfrau Willkomm bekannt sein, welche allwöchentlich den Tribut an unsere Kassen aus den einzelnen Druckerereien abholt. Dieselbe ist nun schon fünf- bis zwanzig Jahre im Dienste der Breslauer Gehilfenchaft. Aus diesem Anlasse wurde ihr seitens des Vorstandes des Breslauer Buchdruckergehilfenvereins ein Gratulations-schreiben nebst entsprechendem Inhalt überreicht. Wüde der Jubilarin es noch lange vergönnt sein, den Breslauer Kollegen ihre Dienste zu widmen. Sie hat die guten Zeiten wie die bösen Stürme an uns vorüberbrausen sehen und als echte Buchdrucker-Veterantin (Frau Willkomm ist Witwe eines Kollegen) regsten Anteil an unseren Bestrebungen genommen!

t. Tarnstadt. Am vergangenen Sonntag (31. Jan.) fand daher die jährliche Generalversammlung des Bezirksvereins statt und entnommen wir dem umfangreichen Jahresberichte des Vorsitzenden die nachfolgenden Punkte. Es arbeiten 120 bis 125 Gehilfen nach dem neuen Tarife, während 45 Gehilfen noch zu den alten Bedingungen entlohnt werden. Es fanden daher 5 allgemeine Buchdrucker- und Gewerbetreibenden (Referenten Gehilfenvertreter Dominé und Gausvorsteher Haas) beaufs. Einführung des neuen Tarifs statt; ferner fanden 15 Mitglieder- und Gewerbetreibenden, deren Besuch sowohl wie auch der der Vereinsabende ein reger war. Zur Erhöhung der Geselligkeit trägt die Gesangsabteilung Typographia wesentlich bei, auch besteht dabei ein Buchdruckmaschinenmeister Klub, welchem Vereins- und Nichtvereinsmitglieder angehören. Der Mitgliederstand des Bezirks war zu Ende 1896: 71. Krank waren 13 Mitglieder 715 Tage, arbeitslos (bezugsberechtigt) 11 Mitglieder 422 Tage; nichtbezugsberechtigt 5 Mitglieder 167 Tage. Invalide wurde 1 Mitglied und haben wir jetzt insgesamt 6 Invalide zu unterstützen, wovon 4 auf die Invalidentafel in Bta. entfallen. Gestorben sind 2 Mitglieder (Jakob Laubenstein von hier und Wilhelm Bohwinkel aus Düsseldorf). An 57 durchreisende Kollegen wurden Extraverpflichtungen im Gesamtbetrag von 45,75 M. ausbezahlt. Nach Rheinland-Besuchen wurden aus dem Tariffonds 60 M. in zwei Raten abgeliefert; außerdem hat der Verein Gutenberg 50 M. für denselben Zweck bewilligt. — Aus der Bezirksklasse wurden unterstützt die streikenden Textilarbeiter in Kottbus mit 10 M. und ein erblindeter Kollege mit 20 M. Für die Hafenarbeiter in Hamburg wurden auf Sammellisten 42 M. gezehnet; außerdem hat die Gesangsabteilung Typographia ihre Kasse für den ebengenannten Zweck um 20 M. erleichtert. — Das Obligatorium des Corr. wurde beschloffen unter gleichzeitiger Erhöhung der Bezirkssteuer um 10 Pf., beides vom 1. April ab. Das Resultat der Vorstandswahl (teilweise neugewählt) wird unter den Verbandsnachrichten bekannt gegeben. — Vor Schluss der Versammlung wurde von dem Vorsitzenden noch ein in Nr. 10 des Corr. erschienener Bericht aus Mainz erwähnt; der Schlusspassus bestielien wurde in der Weise richtig gestellt, daß den in Frage kommenden Kollegen nach längerem Aussetzendergebnissen in dem betreffenden Geschäft die in Betracht kommende Arbeit tarifmäßig bezahlt wurde, nur mußten dieselbe eine kurze Zeit aussetzen. Nach der Abreise der Weiben wandte sich der betr. Faktor nach außerhalb um Arbeitskräfte. Der eine Kollege hat in der betr. Vorstandsführung zwar vorgebracht, daß er Kündigungsgeld zu beanspruchen habe, wurde aber bedeuert, daß er durch Annahme seines Lohnes ohne Vorbehalt sich dieselbe verdirgt habe. (Nach den mündlichen und schriftlichen Ausführungen der beiden Kollegen könnte es allerdings scheinen, als ob dieselben nur gefügigeren Werkzeugen Platz machen müßten.)

S. Dresden. (Versammlung der Dresdener Mitglieder des Gauses Dresden am Dienstag, 2. Februar.) Zum ersten Punkte der Tagesordnung (welche Unterstützung wird dem Gausvorstande zu teil, um die planmäßige Verbesserung durch einige Mitglieder zu besitzigen und eine ordnungsgemäße Erledigung der Geschäfte zu ermöglichen?) gab der Vorsitzende Wendische ein Bild des Treibens der hiesigen sogenannten Opposition, welche er als eine anständige nicht bezeichnen könne. Getreu ihrem Herrn und Meister, dem Erredakteur suche sie unter dem Deckmantel Tarifgemeinschaft jedes erprießliche Arbeiten des Vorstandes zu verhindern und nur die Verunglimpfung einzelner amtierender Personen sei ihr Hauptziel. Er fordere die Versammlung auf, gegen diese Art Opposition, die sich in Extraverpflichtungen Pläne zur Störung einer jeden Vereinstagung schaffe und die Rollen für die einzelnen Rubriken verteilte, energisch vorzugehen. Die Zeit des Sich-geden-lasens sei vorbei. Damit die Versammlung nicht glaube, der Vorstand habe ohne jede Unterlage diesen Punkt auf die Tagesordnung gebracht, nenne er auch die Namen derjenigen, welche entweder durch ihre Intriguen die Arbeit des Vorstandes erschweren

oder durch ihr räpelhaftes Betragen den ordentlichen Verlauf fast jeder Versammlung stören. Es kämen in erster Linie die Herren Golbs, Koad, Hellmann, Schumann und Schäfer in Betracht. — Wenngleich der Vorstand noch nicht an Ausschüsse dachte, so müßte die Versammlung doch einmal Stellung hierzu nehmen und dem Vorstande Direktiven geben, wie er sich dem Treiben obengenannter Herren gegenüber verhalten solle. — In der folgenden Debatte forderte Koll. Koad auf, ihm räpelhaftes Betragen nachzuweisen (dieses hatte auf ihn keinen Bezug). Im weiteren sprach Redner seine Unzufriedenheit über den Bericht der allgemeinen Buchdrucker-Versammlung vom 24. Januar aus. Der Schriftführer habe kein Recht, seine persönlichen Ansichten in dem Berichte zum Ausdruck zu bringen. (Redner verlas eine Resolution, welche sich gegen den Schriftführer richtete und forderte alle Anwesenden auf, dafür zu stimmen). Daß in Dresden die Opposition so gedehnt, sei Schuld des Vorstandes selbst, der jede andere Meinung unterdrücke. Wenn man, wie es hier den Anschein habe, Mitgliedern ihre durch jahrelanges Steuern erworbenen Rechte durch einen Federstrich rauben wolle, könne man den Verband den Nichtmitgliedern gegenüber nicht empfehlen. — Kollege Goll behauptete, daß durch die Resolution des Kollegen Koad die Tagesordnung verschoben werden solle. Diefelbe richtete sich gegen einen Bericht über eine allgemeine Buchdrucker-Versammlung und nur einer solchen gebühre die Kritik. Er fordere die Versammlung auf, energische Maßnahmen gegen das verbandseindliche Gebahren einzelner Herren zu ergreifen. — Koll. Wittner: Wenn man sich eine Zusammenfassung der Handlungen der „allein Zielbewußten“ mache, so habe man die Antwort auf die Frage, wem denn eigentlich diese Angriffe gelten. Die Spitze richtete sich hauptsächlich gegen den Zentralvorstand und hier in Dresden gegen den Verwaltung. — Kollege Joseph warnte die Versammlung, den Mitgliedern gegenüber wegen ihrer Meinung in den Versammlungen schärfere Maßnahmen zu treffen. Er sei Gegner des jetzigen Tarifs, doch auch ein solcher der B.-B. und verurteile im Besonderen das Hineinziehen alles Persönlichen in die Versammlungen. — Koll. Golbs: Die letzten Nummern des Corr. bewiesen, daß ein schärferer Wind von Berlin aus gegen alle diejenigen wehe, welche es wagten, eine eigene Meinung über die Tarifgemeinschaft zu haben. Des weitern beschwerte sich Redner ebenfalls über den letzten Versammlungsbericht und über die Unverzüglichkeit des Schriftführers. Daß er seinen Chef im hiesigen Anzeiger verberlicht habe, sei nicht wahr, sondern er habe nur im Namen höher gestellter Personen des Geschäfts den Anzeiger um Aufnahme der betr. Notiz gebeten. Dem Vorsitzenden gegenüber vermahnte er sich, daß er zu den Zusammenkünften der Oppositionellen eingeladen habe; dies bringe ihm wahrscheinlich noch eine Anklage als Leiter von geheimen Versammlungen ein. In Bittau habe man ihm von seiten Steinbrüds und Wendisches an den Kopf geworfen: „Ach, glaubt dem nichts, der ist ja nicht einmal Mitglied der sozialdemokratischen Partei!“ Er fühle sich stets als der Angegriffene und hiergegen wehre er sich. — Kollege Schobert war der Meinung, daß der Vorsitzende nicht richtig mit der Sprache heraus wolle betr. Golbs. — Kollege Schneider drückte seine Unzufriedenheit aus über die ganze Schreibweise des Corr. Die Druckerfrage werde geistlich niedergebhalten. — Kollege Reichenbach will es keinem abstreiten, Tarifgemeinschaftsgegner zu sein, aber Bflicht eines jeden Mitgliedes sei es, sich den Beschlüssen der Generalversammlung zu fügen. Daß dies nicht nur bei uns der Fall sein müßte, sondern in jeder andern Organisation, wüßten die Herren Oppositionellen ganz genau. Redner nahm in seinen weiteren Ausführungen den Redakteur des Corr. in Schutz. Daß Golbs, nachdem er jahrelang als Vorstandsmittglied gewirkt hat, jetzt in so trauriger Weise gegen den Vorstand und die Ziele des Verbandes arbeite, sei zum mindesten nicht kollegial. Wenn sich die Herren beschwerten, daß den Vorstandsmittgliedern auch einmal die Galle überlaufe, so thäten sie es mit Unrecht angesichts des von ihnen beliebten Vorgehens. — In längerer Rede wandte sich hierauf Kollege Steinbrück gegen die Opposition im allgemeinen und gegen Golbs im besondern. Dem Kollegen Joseph erwidere er, daß es dem Vorstande fern läge, die freie Meinungsäußerung zu unterdrücken. Wir sind gern bereit, in sachgemäßer, ruhiger Weise unsere Meinungsverschiedenheiten auszutauschen. So wie Sie Gründe haben, Gegner der Tarifgemeinschaft zu sein, so haben wir solche, dafür zu sein, die Zukunft werde entscheiden, wer recht habe. Bei allen Verhandlungen, welche mit dem Unternehmertume ge- pfligt werden und durch welche materielle Vorteile heraus-springen, sei doch eine gewisse Ruhezeit, bis zu welcher man wieder von neuem fordern kann, die Folge. Als Beispiel verweise er auf die Bflichtrichtliche Kollegenschaft, die ja auch die Tarifgemeinschaft habe. Die jetzige Opposition sei keine sachgemäße und anständige. Sie (zur Opposition) untergraben das Vertrauen der älteren Kollegen zur Organisation. Redner schloß die weitere, wie schwer ihm infolge des wüßten Treibens sein Amt als Verwalter gemacht werde und könne er sich dann nicht einmal an die Versammlung wenden, denn hier fände er erst recht keinen Schutz. Im weiteren erläuterte Redner, wie es sich in Wirklichkeit mit der Keufung betr. der Parteigehörigkeit des Herrn Golbs verhalte. Golbs habe sich mit seinem Klassenbewußtsein in Bittau ge-brüht und die beiden anderen Dresdener (Steinbrück und

Wendische) mit dem obligaten Ausdruck Harmonieüber-lebt. Erst hier habe man zum besten gegeben, wie Golbs, befragt, warum er nicht der Partei angehöre, gesagt habe: „Ach was, ich brauche meine Groichen nötiger!“ Das Schlimmste sei, daß Herr Golbs dies ableugne, trotzdem sechs Vorstandsmittglieder Zeuge sein könnten. Auf solche Weise und mit solchen Mitteln werde gekämpft. Daß wir keine besonders hohe Meinung von dieser Moral haben, können Sie uns nicht verdenken. Auch beim Streit 1891/92 — wo alles zu kündigt hatte, auch in den Gesidäten, wo bewilligt worden war — habe Herr Golbs wohl mit gekündigt, doch eine halbe Stunde darauf seine Kündigung zurück-genommen. Redner verbreitet sich des längern noch über die unanständige Kampfweise gegen ihn und der Befall, den ihm die Versammlung gollte, bewies, daß man es ihm nicht übel nehme, wenn er seinem Groll einmal Luft gemacht und das Gebahren gewisser Herren einmal ordentlich an den Franger gestellt hatte. Am Schlusse seiner Ausführungen erklärte der Redner, daß es nicht der Wille des Vorstandes sei, ohne weiteres aus-zuschließen, doch verlange derselbe Vollmacht von der Versammlung, wie er sich zu verhalten habe; im andern Falle trage die Versammlung die Verantwortung für das zersetzende Treiben der sogenann-ten Opposition. — Nach längerer Debatte, an welcher sich die Kollegen Schaffrath Wittner, Niem, Schenk, Golbs und Schirch beteiligten und die teilweise einen bestigen Charakter annahm, gelangte folgende Resolution des Kollegen Joseph mit allen gegen 2 Stimmen zur Annahme: „Im Interesse einer friedlichen Erledigung der strittigen Fragen erklärt die heutige Versammlung, von Maßnahmen gegen die sogenann- te Opposition vorläufig abzusehen, erhofft jedoch von derselben, daß sie sich den gefassten Beschlüssen fügt, in ihren schriftlichen Meinungsverschiedenheiten sich unsers Verbandsorgans, des Corr., bedient und in unieren Versammlungen sich eine sachgemäße, anständige Diskussion zu eigen macht.“ Um die Friedensliebe des Vorstandes zu dokumentieren, war auf dessen Veran-laffung nachstehende Resolution zurückgezogen worden, ein Akt der Liberalität, der, wie die Folge bewies, schlecht gelohnt wurde, aber zur Klärung viel beitragen wird. Diese Resolution lautet: „Die heutige Gaumitglieder-versammlung wolle beschließen: In Anbetracht, daß die nicht sachgemäße, nur auf Verunglimpfung der amtierenden Vorstandsmittglieder hinauslaufende, und den Verband in seinen Aufgaben nur hinderliche sogenannte Opposition bis dato kein Ende genommen und auch keine Aussicht vorhanden, daß dieselbe in Wille ihr Ende erreichen wird, gibt die Versammlung dem Vorstande die Direktive, diejenigen Mitglieder, welche glauben, sich den Beschlüssen der Generalversammlung nicht unterwerfen zu können und fortgesetzt den Verband zu schädigen suchen, nach § 5 des Statuts aus dem Verband aus-zuschließen. Gleichzeitig spricht die Versammlung dem Zentralvorstande sowie dem hiesigen Gausvorstand ihr vollstes Vertrauen aus. Schlichter.“ Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte gelangte auch die Resolution Koad mit 75 gegen 68 Stimmen zur Annahme; dieselbe lautet: „Die heutige Mitglieder-Versammlung erklärt hier-burch, daß der Bericht des Corr. über die Allgemeine Dresdener Buchdrucker-Versammlung vom 24. Januar 1897 nicht objektiv abgefaßt war, daß in demselben direkte Unwahrheiten und den Tatsachen nicht entsprechende Kombinationen enthalten sind, und protestiert auf das Entschiedenste gegen die durch derartige Berichte systematisch betriebene Täuschung der gesamten Gehilfenchaft Deutsch-lands. Sie verlangt, daß in Zukunft sich die betreffenden Schriftführer befleißigen, in den Versammlungsprotokollen und -berichten ihre persönliche Ansicht nicht in den Vordergrund zu drängen, vielmehr ihre Berichte usw. lediglich auf das tatsächliche Vorgegangene beschränken. Diese Resolution ist mit dem nächsten Versammlungs-bericht im Corr. zu veröffentlichen.“ Beim zweiten Punkte der Tagesordnung (Verschiedenes) gab Kollege Steinbrück bekannt, daß der hiesige Innungs-Arbeitsnachweis-Kräfte nach Wernsdorf, wofelbst ein Konflikt ausgebrochen, ent-fendet habe. Die erforderlichen Schritte gegen eine der-artige Verletzung der Beschlüsse des Tarifauschusses seien getroffen. Gleichzeitig sei der Arbeitsnachweis des Gauses beim Tarif-Amt angemeldet und unterstelle der-selbe sich allen tariflichen Anforderungen. Nachdem der Vorsitzende noch die Namen der Mitglieder der Pringials-kasse bekannt gegeben, erfolgte Schluss der Versammlung gegen 1 Uhr nachts.

Nachschrift des Schriftführers. Weit entfernt davon, durchaus Recht zu befehlen, erlaubt sich der Unterzeichnete doch einige Zeilen betr. der Resolution Koad Die Leser des Corr. müssen nach Kenntnisnahme obiger Resolution und der Stimmenzahl, mit welcher dieselbe angenommen wurde, zu der Annahme kommen, als habe der Schriftführer der allgemeinen Versammlung über alle Fragen gestunken, in Wirklichkeit liegt die Sache anders. Im Laufe der Debatte aufgefordert, dem Schrift-führer Lügen und Unwahrheiten nachzuweisen, vermochte der Antragsteller Koad demselben auch nicht eine einzige anzugeben, doch er versuchte es. Zuerst rangierte er die unschuldige Auslassung, die Oppo-sition habe am 24. Januar unter dem Feldherrnbild ihres Oberkommandierenden gekämpft, unter das Kapitel der Lügen. Dann hatte besonders der Sap, Kollege Golbs habe sich bei seinem Verlassen des Podiums den Luxus gestattet, eine Resolution zu hinterlassen, den

Kerger des unter Ausschluß der Öffentlichkeit amtierenden „Vertrauensmannes“ erweckt. Doch das zog alles noch nicht, die größte Lüge des Schriftführers sei gewesen, Gask sei auf Einladung seiner Dresdener Freunde nach hier gekommen. Die Leser des Corr. werden aus den beiden erwähnten Fällen beim besten Willen keine Unwahrheiten herausfinden können, knüpfte sich das Mitgeteilte doch lediglich an Thatsachen. Betreffend der dritten Beaufichtigung — daß Gask auf Ersuchen seiner Freunde nach hier gekommen — wurde der entrüthete Antragsteller Rood durch das eigne Leiborgan, das kürzlich als gesinnungstüchtig gestempelte und nur allein auf den sozialdemokratischen Standpunkt stehende Revolverblatt, die B.-W., Lügen gestraft, denn darin war klipp und klar zu lesen, daß Gask in letzter Stunde auf Einladung hiesiger Freunde nach hier gekommen. Unter dem Gelächter der Versammlung wurde dies dem eifrigen Leser der B.-W. vom Vorlesenden bekannt gegeben. Also nicht eine einzige Unwahrheit war man im Stande, dem Schriftführer nachzuweisen und der an falscher Stelle erhobene Vorwurf mangelnder Objektivität ist unzutreffend. Verlangt die hiesige „Opposition“ etwa nach der „Objektivität“, die Gask vor seinem unrühmlichen Abgang übte. Die „Opposition“, welche in ihrer Blüthezeit keine andre Meinung im Corr. wie in den Versammlungen aufkommen ließ, verlangt jetzt — nachdem die Ratten allmählich das Schiff verlassen — nach Objektivität des Schriftführers; wahrhaftig es ist zum Lachen. Doch dies Jammern geschieht nur darum, damit die Geheißenschaft durch die „systematisch betriebene Täuschung“ kein falsches Bild von der hohen Opposition erhalte. Wahrhaftig, Ihr Herren, kein Bericht vermag Euch noch zu schildern, es ist nicht einmal nötig, die Kollegenchaft Deutschlands weiß, was sie von den Wölfen im Schafspelze zu halten hat. — Während man auf der einen Seite Rücksicht gegen die zielbewußten Störer der Vereinsinteressen verlangte und auch durch Annahme der Resolution Joseph erlangte, konnten sich die Herren um Golds und Rood nicht bequemen, auch nur ein Tüpfelchen ihres Standpunktes aufzugeben; dies sind die Aussichten für die kommende Aera des Friedens laut Resolution. Trotzdem die Behauptungen des Antragstellers Rood also kläglich sich in Nichts auflösten und nur die stilistische Schreibweise die Herren so sehr aufgeregt hatte, gelangte dennoch obige Resolution zur Annahme, über die abzustimmen, nach meinem Erachten ein Akt überzögeriger Generosität gegen die Herren Oppositionellen war. Ernst Schenk, prov. Schriftführer.

Anmerkung der Redaktion. Der Referent in der damaligen Versammlung und Redakteur d. Bl. kann nur die Langmut bewundern, mit der die Dresdener Vorstandspersonen eine gar nicht zur Sache gehörige Angelegenheit erörtern ließen. Da es aber nun gegeben, fordern wir die Dresdener Maulhelden auf, beweiskräftig eine einzige Unwahrheit uns in dem betr. Berichte nachzuweisen. Wir bekämpfen die Herren, wie wir ihnen auch persönlich gesagt haben, aufs Rücksichtsloseste, aber mit Mitteln, die das Tageslicht nicht zu scheuen haben. In einem Bravi sind wir nicht veranlagt. Wir halten uns verpflichtet, aufs Schonungslosste gegen Leute vorzugehen, deren Nachruhm erst unter den Trümmern der zusammenstürzenden Organisation begraben wird. Wir haben die Herren vom Mai 1896 bis heute stets richtig eingeschätzt und die Ereignisse haben uns recht gegeben. Deshalb haben wir dem Stimmungsberichte des Dresdener Schriftführers in der gegebenen Form Aufnahme gewährt. Der Bericht geißelt die ganze Jämmerlichkeit der Hauptthemen der Opposition in der bewußten Versammlung; das mag ja die Caballeros sehr erbittert haben, aber die Skizzierung derselben entsprach den tatsächlichen Vorgängen. Ist es vielleicht nicht wahr, daß ein großes Badet Nacht ostentativ auf den Tisch geworfen wurde, nach dem Vortrage bzw. nach dem Ausgange der Versammlung aber keiner der neuen Apostel den Mut hatte, nur ein einziges Exemplar zu verbreiten? Ob nun Gask einen „Feldherrnbild“ hat oder nicht, das wissen wir nicht, wenn es seine Anhänger bestritten, dann stimmen wir des lieben Friedens halber zu. Ober sollte der Schriftführer das ironisch gemeint haben, der Sapperlot? Die Erfahrungen der Dresdener Kollegen („meine Herren Ordnungsparteiler“), welche dieselben neuerdings gemacht, werden sie belehrt haben, daß die Gaskische Opposition heute noch ist, was sie im Mai und Juni war, eine lediglich aus persönlichen Motiven herausgewachsene Intriquantenfäule, die mit allen Mitteln für Programm zu verwirklichen, Zentral- und Gauvorstände, Verwalter, Redaktion hinwegzujagen („Herunter mit Euch!“) sucht, damit ein Stab von Diktatoren und hoher Prähistorie seine Unfähigkeit mit der Vernichtung der Organisation beweisen kann. Daß der Dresdener Schriftführer f. Z. es so vorzüglich verstanden hat, an der Hand der in der Versammlung gemachten Erfahrungen die Herren abjuronterieren, veranlaßt uns, ihm auch auf diesem Weg unsere Anerkennung auszusprechen.

Leipzig. Am Sonntag, den 31. Januar, fand in Meiderich im Lokale des Herrn Hafertamp eine allgemeine Buchdrucker-Versammlung statt, wozu sich auch Mitglieder aus Dautberg eingefunden hatten. Das Referat hatte unser Bezirksvorsitzender, August Schoch, übernommen und erledigte sich seiner Aufgabe in dreiviertelstündigem Vortrage, worin er den Verband der Deutschen Buchdrucker und seine Ziele“ den

Anwesenden in trefflicher Weise vor Augen führte und zum Schlusse die Anwesenden aufforderte, sich dem Verband anzuschließen, welcher sie ja doch nur allein vor den nicht ausbleibenden Mühen des Lebens und gegen alle kapitalistischen Uebergriffe schützen könnte. Nachdem noch im weitem Verlaufe der Versammlung die Kollegen Wenz über die „Bewegung in Meiderich“, Hennemeier über die „Tarifgemeinschaft und die letzte Bewegung in Rheinland-Westfalen“ und Papenberg über die „Lehr- und Lehrmittelwirtschaft“ gesprochen hatten, wurde dieselbe mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Verband geschlossen. Drei Nichtmitglieder meldeten sich hierauf zur Aufnahme.

dt. Frankfurt a. M., 2. Februar. Zu der am 31. Januar abgehaltenen Mitglieder-Versammlung stand als erster Punkt ein Vortrag des Herrn Stadtrates Dr. Fleck auf der Tagesordnung. Derselbe behandelte das Thema: „Neuere Bestrebungen auf dem Gebiete der Armenpflege und die Stellungnahme der Arbeiter hierzu.“ Der Herr Referent erwähnte bei Beginn seiner Ausführungen, daß wohl hauptsächlich das Thema seines Vortrages und nicht das herrschende Schneegewitter zu dem schlechten Versammlungsbesuche beigetragen habe, denn ein großer Teil der Arbeiter stellte sich auf den Standpunkt, von einer Armenpflege nichts wissen zu wollen, ohne daran zu denken, daß sie viel dazu beitragen könnten, Mithände abzuschaufen, wenn sie den Behörden mit praktischen Rathschlägen zur Seite ständen. Redner konstatierte einen Mangel an Armenpflegern, dadurch hervorgerufen, weil die Auswahl der Personen zu diesem Amte nicht sehr groß sei und freiwillig sich wenig dazu meldeten. Hauptsächlich sei ein Mangel an Arbeitern zu diesem Ehrenamte zu bedauern, welcher seinen Grund in dem jetzigen Mangel derselben habe. In diesem Sinne sei eine längere Arbeitszeit mit Freunden zu begrüßen. An interessanten Beispielen erläuterte Redner die Mängel der heutigen Armenpflege, sowohl der privaten wie öffentlichen; wie z. B. durch das Unterstützungswohnungsgegesetz sehr oft Behörden gegenständig in Konflikt gerieten, es halte aber schwer, Vorschläge zu etwas Besserm zu machen, so lange die private wie öffentliche Armenpflege nicht mehr zentralisiert werde. In dieser Hinsicht mittelsten Handel zu schaffen, könnten sich die Arbeiter ein großes Verdienst erwerben. Die Quintessenz dieses interessanten Vortrages bestand darin, der arbeitenden Klasse nahezu legen, nicht allein Kritik an den bestehenden Gesetzen zu üben, sondern selbst die Hand zu bieten, bessere Geetze zu schaffen und nicht zu warten bis diese von selbst kämen, es seien viele Hilfsbedürftige vorhanden, denen auch jetzt schon eine Besserung in dieser Hinsicht zu wünschen sei. Redner erwähnte u. a. auch, daß ein staatliches Witwen- und Waisenunterstützungsgegesetz einen großen Fortschritt bedeuten würde. Am Schlusse seiner Ausführungen wurde dem Vortragenden lebhafter Beifall gesendet. In der nun folgenden Diskussion bemerkte der Herr Referent noch, daß der Verband der Deutschen Buchdrucker, dessen Entwidlung er lebhaft verfolgt habe, der Armenpflege thätig an die Hand ginge, und es sei nur zu begrüßen, wenn hauptsächlich in der Unterstützungsfrage andere Gewerkschaften an diesem sich ein Vorbild nehmen würden. Anschließend an den Vortrag kam die Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen. Der Vorsitzende teilte mit, daß durch Sammellisten für die Hamburger Hafenarbeiter gegen 220 Mk. eingegangen seien. Im weitem erwähnte derselbe, daß wieder eine Anzahl Ausnahmefälle vorlägen, die ihm hauptsächlich von Gießen, welche aus Anlaß des letzten Kongresses zur Ueberzeugung gekommen sind, daß es auch ihre Pflicht und nur zu ihrem Vorteil ist, dem Verband anzugehören, hoffentlich sei die Liste noch nicht abgeschlossen, sondern es sei zu wünschen, daß alle Gieber dieses Vorgehen eines Teiles ihrer Kollegen folgen möchten. Ferner machte Redner auf die demnächst stattfindende Hauptversammlung aufmerksam und ersuchte um baldige Beschaffung der noch fehlenden Beiträge. Sodann wurden zwölf Mitglieder teils wegen Resisten, teils wegen Stehenbleibens in den um den Tarif kämpfenden Druckereien dem Gauvorstande zum Ausschluß empfohlen.

hr. Halle a. S. Zu der am Sonntag, den 31. Januar, im Händel-Park abgehaltenen gutbesuchten allgemeinen Buchdrucker-Versammlung hatten uns die Herren von der Jugend-Opposition aus Leipzig nicht „beehrt“. Jedemfalls haben die Herren herausgefunden, daß sich hier in Halle kein Feld für ihre wüthende „Aufklärungsarbeit“ bietet. Wir konnten deshalb die für uns sehr wichtige Angelegenheit, die Besprechung über die Lage am Orte, welche wegen der Quertreibereien der Herren „Aufklärungsapostel“ aus Leipzig in voriger Versammlung zurückgestellt werden mußte, gründlich erörtern. Nach einem vorzüglichen Referat unsers Gauvorsitzers G. H. H. in welchem er sich hauptsächlich über den Zustand der Schwelische verbreitete und u. a. hervorhob, daß es unser eifrigstes Bestreben sein müsse, die B. hören davon zu beeinflussten, damit die städtischen und staatlichen Arbeitern, welche Herr Schwelische zum großen Teile herstellt, in solche Druckereien vergebend werden, die ihren Personalen die minimalen Zugeständnisse nicht verweigern. Es müsse das um so eher geschehen, weil Staat und Gemeinde für ihre Verwaltung ein zahlungsfähiges Bürgerum brauchen, durch die niedrigen Löhne aber die Steuerkraft bedeutend beeinträchtigt werde. Es gelangte folgende, im Sinne des Referenten verfaßte Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heutige allgemeine Buchdrucker-Versammlung drückt die Erwartung aus, daß die

städtischen Behörden bei Vergebung von Druckerarbeiten nur die Firmen berücksichtigen mögen, welche ihren Gehältern die Bezahlung des 1896er Tarifs nicht vorenthalten.“ Vorstehende Resolution soll nebst einem Begleitschreiben zur nähern Information über die Buchdrucker-Verhältnisse dem Magistrat und dem Stadterordneten-Kollegium der Stadt Halle unterbreitet werden. — Die auswärtigen Kollegen halten treu zusammen; ihre Stellen sind besetzt, zum größten Teile von Gutenberg-Bundlern, welche Handlungsweise tiefer gehängt werden muß. — Aus einer vom Kollegen Thomas gegebenen Bewegungstatistik ist ersichtlich, daß sich die Zahl der Arbeitslosen am hiesigen Orte von 72 im Anfang Januar auf 46 (26 Gemabregelte und 20 Konditionslose) verringert hat, ein Konditionslosenstand, welchen Halle noch nicht aufzuweisen hatte. 40 zugereiste Kollegen haben nach Auszahlung einer Adress-Unterstützung den Ort wieder verlassen. Für die Bewegung am Orte sind bis jetzt etwa 5000 Mk. an Unterstützungen gezahlt worden. Lobend hervorgehoben wurde die Solidarität der Nichtverbandskollegen der Druckereien Knapp und Waisenhaus; die Nichtverbandsmitglieder der anderen Druckereien dagegen haben sich an den Sammlungen teils gar nicht, teils ganz minimal beteiligt; zu der letztern Kategorie gehört auch die Hendsche Druckerei (Saale-Zeitung). Im ganzen sind 172,50 Mk. an freiwilligen Beiträgen eingegangen. Vorstehender Kassenbericht soll zur Agitation ausgenügt werden und in allen Druckereien zirkulieren. Ein Nichtverbandsmitglied forderte seine Kollegen ganz energisch auf, in der Unterstützung nicht zu erlahmen, sondern im Gegentheil dieselbe in größerer Masse zu teil werden zu lassen. Mit einer Aufforderung zum Beitritt in den Verband und einem Hoch auf die Solidarität der Halleischen Buchdrucker schloß der Vorsitzende die Versammlung. — Als bemerkenswert ist noch mitzutheilen, daß der am Auslande bei Schwelische beteiligte Kollege Fleischer, welcher wegen angeleglicher Befähigung eines in der Schwelischen Druckerei beschäftigten Arbeiters ein Strafmandat auf 10 Mk. lautend zugeschied erhalten, dagegen aber Berufung eingelegt hatte, vor dem Schöffengerichte freigesprochen werden mußte, weil absolut nichts gegen ihn vorgebracht werden konnte, was zu einer Verurteilung hätte führen können.

dt. Hannover. (Versammlungsberichte vom 8. und 28. Januar.) Unfre Versammlung vom 8. Januar war eine Strafersammlung, des schon seit langem sehr schwachen Versammlungsbesuches und der Wichtigkeit der Tagesordnung halber. Erster Punkt derselben war nämlich die Schlussabstimmung über das neue Lokalvereinstatut. Nach dem neuen Statut sind die Bibliothekskommission und das Vergütungskomitee selbständig gemacht und gehören nicht mehr wie bisher zum Vorstande; derselbe besteht nunmehr aus sieben Personen. Die Liebertafel erhält jährlich 60 Mk. Beihilfe vom Lokalverein und ist verpflichtet, auf Aufforderung hin bei jeder Lokalvereinstatistik mitzuwirken. Die sonstigen Statutänderungen sind mehr redaktioneller Natur. Ein vom Kollegen Klink gestellter Antrag: Der Geschäftsordnung ist der Passus zuzufügen: „Alle Anträge, welche von Mitgliedern bei dem Vorstand eingereicht werden (Zusatz Jahrbuch)“, und von zwanzig Mitgliedern unterfütigt sind“, müssen von demselben auf die Tagesordnung der nächsten Mitgliederversammlung gesetzt werden“ — wurde abgelehnt. (Anlaß zu diesem Antrage hatte der unter „Kollegialisches“ zur Sprache gebrachte Fall gegeben.) Unter Punkt 2 wurde beschlossen, das Vereinslokal in der Börse zu verlassen und den Vereinsabend auf den Sonnabend zu verlegen. Der dritte und letzte Punkt: „Kollegialisches“ rief nun noch eine längere Debatte hervor. Kollege Greve beschwerte sich über den Vorstand, welcher in seiner letzten Sitzung mit 5 gegen 4 Stimmen — und 4 Stimmenthaltungen — abgelehnt hatte, einen von ihm eingereichten Antrag, betr. „Beihilfe zu den Gaskischen Projektkosten“, auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Der Vorstand wäre nicht einig und trieb „Interessenpolitik“. Nachdem seitens zweier Vorstandsmitglieder die Angriffe auf den Vorstand zurückgewiesen, sprachen die Kollegen Siemens, Geibler, Klink, Strub und Sievers energisch für eine Unterstützung Gask's, die Kollegen Peters, Rosenbruch und Weber dagegen. Ein Schlussantrag machte der Debatte ein Ende und gelangte sodann ein während derselben eingegangener Antrag Geibler: „Auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen: 60 Mk. Beihilfe zu den Projektkosten Gask“, mit 54 gegen 35 Stimmen zur Annahme. Der Vorsitzende brachte noch ein Fiktural des Tarif-Amtsvorsitzenden Wieck zur Verlesung, worauf die Versammlung gegen 12 Uhr geschlossen wurde. — Der Punkt „Projektkosten Gask“ brachte nun am 24. Januar etwa 350 bis 400 Kollegen im großen Saale der Börse zusammen. Nach Bewilligung einer Unterstützung von 200 Mk. für die Hamburger Hafenarbeiter wurde dann als zweiter Punkt der Antrag Geibler: „Die Versammlung wolle als Beihilfe zu den Projektkosten des Kollegen Gask 60 Mk. aus der Lokalvereinstatistik bewilligen“, verhandelt. Sofort nachdem dieser Punkt zur Diskussion gestellt, brachte Kollege Weg einen Antrag auf Uebertragung der Tagesordnung ein und wurde vom Kollegen Müller unterstützt, welcher davon abriet, Gask noch den „Zusatzlohn“ zu bewilligen. Die Kollegen Meyer und Kellermann wünschten sofortige Abstimmung, eine Verlesung über diese Sache wäre nicht notwendig, letzterer stellte einen diesbezüglichen Schlussantrag. Nach einer halbständigen Geschäftsordnungsdebatte ergab die endlich

